

Deutscher Verkehrsbund

Erscheint wöchentlich /
Bezugspreis: Vierteljährlich
3 Reichsmark / Die Einzel-
nummer —,30 Reichsmark

Zentralorgan für die Interessen
der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport-
und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin SO 10
Mitschkestr. 1. Tel.: Moritzpl.
950, 10670. / Redaktionschluss
8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 31

Berlin, den 30. Juli 1927

5. Jahrgang

Katastrophenzeit.

Wir sind in die politischen Hundstage gekommen, in die Saure-Gurken-Zeit. Es ist die Zeit, in der jedes Jahr findige Reporter die berühmte See-Schlange entdecken. Feuer will sie sich nicht finden lassen. Die Natur selbst sorgt dafür, daß den Tageszeitungen der Sensationsstoff nicht ausgeht. Schwere Katastrophen sind über das Harzgebiet, über die Sächsischen Schweiz und über andere Gebiete hereingebrochen. Menschenkraft und Menschenwitz haben gegen die Naturgewalt wieder einmal elend versagt. Wir bezählen diesen Verleger mit schweren Opfern an Gut und Blut. Wieviel dabei auf das Konto mangelnder Voraussicht kommt, steht noch dahin. Niemand kann heute schon sagen, der Unterbau der Harzbahn war so mangelhaft, daß die Wetterkatastrophe zwangsläufig zur Eisenbahnkatastrophe werden mußte. Die Untersuchung muß Aufklärung schaffen über die Vorwürfe gegen die Bahnverwaltung; es ist zu prüfen, ob in der Sächsischen Schweiz die furchtbare Katastrophe durch Wasserbauten hätte hintangehalten werden können. Es muß klar werden, ob man noch immer in Deutschland erst dann einen Dedeck macht, wenn

das Kind in den Brunnen gefallen

ist. Wir wollen hoffen, daß die peinliche Aussicht auf die Berechtigung dieses sehr peinlichen Vorwurfs nicht das Resultat der Untersuchung und Prüfung beeinflusst. Rücksichtnahme auf bürokratische Empfindsamkeit wäre eine nicht wieder gutzumachende Rücksichtslosigkeit gegen die Bewohner aller durch solche oder ähnliche Naturereignisse bedrohten deutschen Gebiete und würde die Ursache neuen schweren Menschenleides werden. Bessere Bundeskollegen hat die Katastrophe in schwere materielle und Seelennot gebracht. Außer Hab und Gut haben sie Familienangehörige verloren, oder sie selbst sind ihrer Familie entrissen worden. Soweit materielle Hilfe zum Trost reichen kann, wird der

Verkehrsbund als soziale Organisation

seiner alten Tradition treubleiben. Der alles heilenden Zeit, nicht unserem schwachen Menschenwort, vertrauen wir in der Hoffnung, daß sie alle anderen Wunden heilt. Die Regierung mag des alten Wortes eingedenk sein, daß Vorbeugen besser ist als Fürsorge. — Das hätte man auch in Wien bedenken sollen, wo durch eine irreführende Rechtsbeugung ein Feuer entzündet wurde, das nicht nur den Justizpalast verzehrte, sondern dessen Opfer das ganze Land hätte werden können. Daß dieser Möglichkeit vorgebeugt werden konnte, ist ein Verdienst der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Kommunisten und Faschisten sind mit der Wendung der Dinge durchaus nicht einverstanden. Da ihnen an der Existenz der österreichischen Demokratie und Republik nichts, an der Durchsetzung ihrer kurzfristigen Parteiinteressen alles gelegen ist, fallen die sich so wunderbar ergänzenden Extremisten von links und rechts über die Gewerkschafter und Sozialdemokraten her und lassen keinen guten Faden an ihnen. Den von den Schattendrüsen Faschisten ermordeten Republikanern ist ein rundes Hundert von Toten ins Grab gefolgt. Der Freispruch jener Mörder durch ihre gleichverrohten Gestinnungsfreunde auf der Geschworenentbank beweist, daß es auch in Oesterreich neben der Gerechtigkeit eine Justiz gibt. Der Freispruch betäubte Wiens prachtvolle Arbeiterschaft. Um so elementarer brach dann

gleich einer Naturkatastrophe

das tiefbeseeligte Gerechtigkeitsgefühl alle Schranken der Bernunft und Disziplin nieder. Ohne jede Pa-

role, in spontaner Aufbäumung gegen die Nordjustiz, legten die Arbeiter in den großen Betrieben die Arbeit nieder und zogen vor das Haus, wo die Gerechtigkeit von der Justiz gemeuchelt worden war. Der „Vorwärts“ schrieb mit Recht, daß Wien zehnfach größere Demonstrationen gesehen hat, ohne daß ihre Wucht durch den geringsten Zwischenfall gestört wurde. Daß es diesmal anders kam, ist vor allem die Schuld des „Christlich-Sozialen“ Polizeihauptlings, der in ein Sanatorium gehört, weil er die Nerven verlor. Er ließ auf die Arbeiter schießen, und alle Arbeiterfeinde schäumen vor christlich-sozialer Entzückung, weil einige wenige bewaffnete Arbeiter zurückschossen. Es steckt hinter dieser Entrüstung sehr viel Angst und berechtigte Angst:

Oesterreich stand an der Schwelle des Bürgerkriegs

und mit diesem Bürgerkrieg ging für die Arbeiterfeinde alles verloren, was ihnen an dem Oesterreich von heute noch lieb und wert ist. Rund neunzig von hundert Vertrauensleuten des österreichischen Bundesheeres sind Sozialdemokraten, und die Regierung war wohl kaum im Zweifel, daß ihr eventueller Appell an das Heer, „Ruhe und Ordnung“ zu „retten“, unendlich leichter wog als ein möglicher Appell der Sozialdemokratie. Die bürgerliche Regierung stand trotz alledem nicht einen Moment in Frage. Sie konnte leichtes Herzens „fest“ bleiben, denn sie wußte, daß wohl jede andere Partei, aber niemals die freien Gewerkschaften und Sozialdemokraten die österreichische Republik ihrem „Ansehen“ opfern würden. Wie immer die Auseinandersetzung auslaufen würde: der Bestand der demokratischen Republik, die staatliche Selbständigkeit war der Einsatz, der im Bürgerkrieg unrettbar verloren gehen mußte. So sicher der Sieg der Arbeiter war — so sicher war der Untergang des Landes in jedem Fall. An der Grenze lauerte der italienische und ungarische Faschismus. Wirtschaftlich von allen Staaten abhängig, mußte Oesterreich zusammenbrechen und ein Opfer der faschistischen Ausgeier werden. Deshalb hatten Gewerkschaften und Partei kein Interesse an der bewaffneten Auseinandersetzung, sondern nur Faschisten und Moskauer. Es galt aber, der Stimmung der Arbeiter Rechnung zu tragen und zu zeigen, daß sich die Empörung über die Rechtsbeugung und die mörderische Brutalität der Polizeiführer nicht auf wenige Tausende beschränkte, sondern Allgemeingefühl aller Arbeitenden war. Deshalb wurde ein (glänzend durchgeführter)

24stündiger Generalstreik

proklamiert. Der Beginn des Generalstreiks war das Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Straße. Zwar tat die Handvoll Kommunisten ihre volle Parteipflicht, zwar knallten noch ab und zu die Schüsse, aber das Gespenst des Bürgerkriegs war gebannt. Daß die kommunistische Presse unsere österreichischen Freunde deshalb Verräter nennt, ist ein Leid, das sie mit vielen anderen vernünftigen Leuten ruhevoll tragen werden. Interessanter ist, daß die deutschen Faschistenblätter ihre Heimkrieger mobil machten, die in Ermangelung einer leidhaftigen der politischen See-Schlange erfinden, der Wiener „Aufstand“ sei von der Sozialdemokratie geplant und geleitet worden. Die faschistischen Pantoffelhelden, deren Mut im Quadrat der Entfernung vom Kriegsschauplatz wächst, machen sich um die Existenz Oesterreichs noch weniger Sorge als die Seipelmänner. Sie sind (in ihrer Unwissenheit über die Kräfteverteilung in Oesterreich) gewaltig enttäuscht, daß die Sozialdemokratie nicht in einem Blutmeer ertrunken worden ist. Ihre Haupt Sorge ist natürlich, wie sie die Wiener Vorgänge am besten in deutsche Münze umwechseln können. Deshalb werden den deutschen Republika-

nern ähnliche Absichten angedichtet, wie sie angeblich von unseren österreichischen Freunden verfolgt wurden. Die deutschen monarchistischen Putschisten und Ministermörder — heute morden sie Reichsbannerleute — warnen die deutsche Regierung vor Putschgefahren der Not.

Es ist rührend, wie sehr die Feinde der Republik um diese Republik plötzlich besorgt sind. Diese Sorge ist nichts als eine recht durchsichtige Kulisse, hinter der die Faschisten und Monarchisten ihre Anschläge auf die Arbeiter und ihre Organisationen vorbereiten. Die Wiener Vorgänge sollen die deutsche Regierung vor den republikanischen Organisationen warnen, sie sollen die Regierung zu verfassungswidrigen Schritten gegen die Freiheit der republikanischen Bewegung verleiten — das ist der Zweck der Lügen in der Scherl- und Westarp-Presse. Dieser Reptilienfeldzug gegen alles, was nach Republik riecht, muß uns zur Aufmerksamkeit zwingen. Die Monarchisten, die ihre „Ueberzeugung“ gegen höhere Zölle verkaufen, suchen krampfhaft nach Mitteln, die Unzufriedenheit ihrer Nachläufer auf ein anderes Ziel zu lenken. Die Republikaner waren jenen Kreisen stets ein willkommenes Zielobjekt. Hilfe, was helfen mag, aller Zorn aller Deutschen über die Republikaner — so entgegen die Westarp und Hergt dem ihnen drohenden Strafgericht. Die Absicht der Arbeiterfeinde sagt den Arbeitern, was zurzeit ihre wichtigste Aufgabe ist:

Schutz der Republik!

Schutz der Arbeiterrechte!

— nicht durch Gewaltmittel, nicht durch Straßenkampf, sondern durch Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung!

Die Arbeitslosenversicherung.

Seitdem vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress zum ersten Male die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung erhoben wurde, sind genau 25 Jahre ins Land gegangen. Nach einer zu dieser Frage von dem Referenten von Elm eingebrachten Resolution erachtete es der Kongress „als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde, Arbeitern Unterstützung zu gewähren bei Arbeitslosigkeit, welche weder durch Streiks oder eigenes großes Verschulden hervorgerufen ist“, und daß ferner diese Unterstützung, deren finanzielle Unterlage eine allgemeine Arbeitslosenversicherung sein müsse, „nicht den Charakter eines Almosen oder einer Armenunterstützung tragen und keinerlei Kürzung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter nach sich ziehen dürfe“. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, die mit 356 gegen 47 Stimmen am 7. Juli durch den deutschen Reichstag erfolgte, wurde die Forderung des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses mit einigen wenigen, den jetzt anders gelagerten Verhältnissen entsprechenden Änderungen Wirklichkeit. Die systematisch aufgebaute und auf einen Rechtsanspruch des Arbeiters gegründete Versorgung des Arbeiters in der Zeit der Arbeitslosigkeit ist nunmehr unentziehbar in das System der deutschen Sozialversicherung eingefügt worden. Das mag den Jungen nicht eben viel sein, die Älteren aber wissen, was diese Etappe bedeutet. Als vor 25 Jahren die Arbeiter diese Forderung stellten, antwortete ein Hohngelächter. Unterstützung dem Arbeitslosen? Unmöglich, weil es Verstoß gegen den Sinn des Staates und der Wirtschaftsordnung bedeutet. Der Arbeiter muß sparen! Kommt es ganz böse, dann hilft die Armentafel. Jedem Arbeiter den unrentwilligen Verlust an Arbeitsgelegenheit entzuziehen? Das bedeutet Anerkennung des „Rechtes auf Faulheit“. Keiner wird mehr arbeiten. Und man lehnte entschieden so ausgefallene und himmerbrannte Forderungen ab. Nach 25 Jahren ist das, was unmöglich schien, was der Münchener Gewerkschaftskongress noch im Jahre 1914 erneut vergeblich gefordert hatte, erreicht: eine in ein festes System geformte Versicherung. Staat und Gesellschaft hatten damals die Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Die Gewerkschaften richteten mit ihren bescheidenen Mitteln die eigene Arbeitslosenunterstützung ein und bewiesen, daß man sehr wohl eine Versicherung durchführen könne. Im Jahre 1913 gaben sie hierfür bereits 13 Millionen Mark, 1924 sogar 23 Millionen Mark aus. In der Nachkriegszeit hat sich, nicht zuletzt durch den steigenden Einfluß der Gewerkschaften, das Prinzip der Arbeitslosenunterstützung durchgesetzt.

Der Bundesbeitrag für die 32. Woche

(31. Juli bis 6. August 1927) ist fällig.

Die einfachste Voraussetzung gewerkschaftlicher Pflichterfüllung ist die prompte Zahlung des fälligen Beitrags in richtiger Höhe.

um etwa 70 000 Tonnen erhöht. Es gestaltete sich der Güterumschlag wie folgt:

Table with 3 columns: in den staatlich betriebenen Anlagen, in den Privat-Anlagen, and sub-columns for geladene Güter, verladene Güter, and zusammen.

Der Güterumschlag über die Staatsstättchen bleibt im Einfuhrverkehr um 263 719 Tonnen gegen das Vorjahr zurück, dagegen erhöht er sich im Ausfuhrverkehr um 47 131 Tonnen.

Sodann wird auf Verklärung und Neuaufstellung von Kränen verwiesen. Dampf weicht der Elektrizität. Sechs Drehraufträge für Arbeiten innerhalb der Schuppen sind beschafft.

Aus dem Verkehrsleben.

800 000 Tonnen Schiffsneubauten in Arbeit. Die deutschen Werften haben 800 000 Tonnen Schiffsneubauten im Auftrag.

Table listing shipbuilding orders by company and tonnage, including Hamburg-America-Linie, Dampfschiffahrts-Gesellschaft, etc.

Insgesamt sind bestellt worden für inländische Rechnung rund 700 000 Brutto-Register-Tonnen für ausländische Rechnung rund 150 000 Brutto-Register-Tonnen.

Table listing various types of shipbuilding orders such as Motorfahrzeuge, Tankfahrzeuge, etc.

Gegen diese Kielenaufträge zeugnis ab von den Gewinnen der Reedereien, so gleichzeitig von der guten Konjunktur auf den Werften.

Der Omnibus in Amerika. Im Jahre 1924 zählten die Vereinigten Staaten von Nordamerika 55 000 Omnibusse, 1925 waren es nahezu 70 000 und heute dürften sie die Zahl von 80 000 schon überschritten haben.

Wie das Verhältnis der Straßenbahnen zu den Omnibussen, so ist auch das Verhältnis der Eisenbahnen zu den Omnibussen mit der Zeit einer durchgehenden Korrektur unterzogen worden.

ausmachen. In diesem Anteil der Automobilwirtschaft an den Einnahmen der Bahnen läßt sich schon ersehen, wie falsch es ist, das Verkehrsmittel des Autos als Feind der Bahn anzupreisen.

Nicht anders stand und steht es um das Verhältnis der Bahnen zu den Lastwagen. Nach einer von der Motor-Trade-Abteilung der National Automobile Chamber of Commerce erstmalig bereiteten Uebersicht über die Omnibusse beschäftigten Eisenbahngesellschaften haben fünf Bahnlinien ihren Eisenbahndienst auf Nebenlinien eingestellt.

Wirtschaftler haben den Rückgang in der Schienenmeilenlänge des Landes der Definitivität als Anzeichen eines allgemeinen Stagnierens des Eisenbahngeschäfts hinzustellen versucht, und dieser Rückgang ist verschiedentlich auch mit dem zunehmenden Verkehr von Motorfahrzeugen über die verbesserten Landstrassen in Verbindung gebracht worden.

Ueberzeugender ist wohl noch nie zahlenmäßig und von einwandfreier amtlicher Stelle belegt worden, daß die Motorisierung durchaus keine Schwächung der Eisenbahninteressen bedeutet.

Allgemeines.

Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung in Rußland. (Trud" vom 22. Mai 1927 Nr. 114.)

„Der Rat der Union für Sozialversicherung hat eine Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. Danach sollen Arbeitslosenunterstützung nur diejenigen Erwerbslosen erhalten, die entlassen oder selbst ihre Arbeitsstelle aufgegeben haben und an der Arbeitsbehörde registriert sind.“

Personen, die selbst ihre Arbeitsstelle aufgegeben haben, erhalten ein Anrecht auf Unterstützung nur nach einem Monat vom Zeitpunkt der Aufgabe der Arbeitsleistung an gerechnet.

Unterstützung wird Arbeitslosen nicht gewährt, die von ihrer Ehegatten unterhalten werden, falls letztere mehr als das Anderthalbfache des Durchschnittslohnes im betreffenden Bezirk verdienen, oder ein arbeitsloses Einkommen beziehen.

Personen, die mit Saisonarbeiten beschäftigt sind, erhalten Arbeitslosenunterstützung nur in dem Falle, wenn sie während der Saison gar keine sonstigen Einnahmen haben.

Die Erwerbslosenunterstützung zerfällt in eine Hauptunterstützung und in Familienzulage, die insgesamt die Hälfte des ebedem bezogenen Arbeitslohnes nicht übersteigen dürfen.

Die Familienunterstützung wird entsprechend der Zahl der Familienangehörigen gewährt.

Für die erste Kategorie wird die Erwerbslosenunterstützung im Laufe von neun Monaten und für die zweite und dritte Kategorie im Laufe von sechs Monaten gewährt.

Noch eine „Katastrophe“.

Unser Verantwortlicher ist wegen Beleidigung eines Reeders von einem pommerschen Gericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

Literatur.

Ein neuer Jakt London. Soeben erscheint in der Büchergilde Gutenberg ein Südeuropäer dieses anerkannten Arbeiterdichters, der uns in die gefahrenvolle, farbenprächtige Welt der Kannibalen im tropischen Süden einführt.

Anfang August folgen dann der große Industrieroman „Die Eiserne Ferkel“ mit einem längeren Vorwort von Anatole France, und im September das berühmteste Werk des Dichters, der zweibändige Roman „Art in Eden“.

Durch die Herausgabe dieser Bücher erhalten die bisher erschienenen „Ein Sohn der Sonne“, „Südeuropäer“, „Abenteuer des Schienenstranges“, „In den Wäldern des Nordens“, „Der Gewalt“, „König Hlasko“ und „Jerry“ eine äußerst wertvolle Ergänzung.

Johannes Schönherr, „Bezeichnung“ (Geschichte eines jungen Menschen). Dieses von der Büchergilde Gutenberg herausgegebene Buch ist kein Roman im üblichen Sinne, sondern die Entwicklungsgeschichte eines jungen Menschen, der aus einer jüdischen Kindheit und Jugendzeit aufsteigt in das freudige Licht einer besseren Zukunft.

Martin Andersen Regö, „Sonntage“, Reisebilder aus Andalusien.

Andersen Regö, allgemein bekannt und beliebt durch seine Novellen aus dem dänischen Volksleben und seine großen Entwicklungsromane „Stine Menshendind“ und „Pelle der Eroberer“, in denen Seele, Erlebnis und Schicksal schwingt, offenbart sich in diesem Reisebuch aus Spanien, das von der Büchergilde Gutenberg in einem vorbildlichen Gewande herausgegeben wird, als ein feinsinniger Beobachter und gewohnter Schilderer von Land und Leuten, die er höchst anschaulich und bewegt darstellt.

„Der Wahre Jakob“ rechtfertigt die Erwartungen, die man auf sein Erscheinen gesetzt hat. Die uns vorliegende Nummer 2 übertrifft abermals durch die Fülle und Güte des Dargebotenen, die jedem Geschmaht getraut wird.

Uranis. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beirätinnen „Soziales Wandern“, „Der Leib“ und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeigaben.

Interessanter erhalten jederzeit kostenlos Probehefte von der Uranis-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Abonnementpreise: Ausgabe A (drei Hefte und eine Brosch.) Buchbeigabe) pro Vierteljahr 1,50 RM.; Ausgabe B (drei Hefte und eine in Ganzkleinen gebundene Buchbeigabe) pro Vierteljahr 2,25 RM.

Bezirksverwaltung Offen.

Die Büroräume der Verwaltung befinden sich jetzt Viehofer Straße 76 (am Viehofer Platz), erste Etage. Telefon: 33 101.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Lindow, Berlin SO. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H., Berlin 80. Druck: Koenig & Sponholz, Berlin, Rosenstraße 61, 10-10.